

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **15.02.2011** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1

16.WP/UmVerkA/032

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:27 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:42 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Vorsitzende

Leykum, Maria

stellv. Vorsitzender

Degenhard, Walter

Mitglied/Mitglieder

Heldt, Gabriele
Plaß, Barthold
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul

Beratende/s Mitglied/er

Heller, Simone

Mitglied des Rates

Rheinhardt, Michael Vertretung für Herrn Alker
Schrader, Karl-Ludwig Vertretung für Herrn Lüddecke

Vertreter des Seniorenrates

Kusber, Paula

Beratende/s Mitglied/er

Bertram, Carsten

Verwaltung

Frerichs, Peter
Herbst, Rainer
Stabno, Martin

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 30.11.2010
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Geschwindigkeitsherabsetzung auf 30 km/h in der gesamten Ortsdurchfahrt Schillerslage
- Antrag der CDU-Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 17.09.2010 -
Vorlage: 2010 0806
6. Burgdorf - die sauberhafte Stadt
- Antrag der CDU-Ratsfraktion der Stadt Burgdorf vom 31.01.2011 -
Vorlage: 2011 0889
7. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Leykum begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Unter Ergänzung eines vertraulichen Teils wurde die Tagesordnung **einstimmig beschlossen**.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 30.11.2010

Beschluss:

Bei zwei Enthaltungen wurde die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 30.11.2010 genehmigt.

3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Beschluss:

Keine Anfragen.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Baxmann teilte mit, dass die Verwaltung derzeit über keine Informationen hinsichtlich eines evtl. geplanten CO₂-Endlagers verfügt. Insofern

konnte gegenüber der Presse keine Auskunft gegeben werden. Ähnlich wie bei der geplanten „Y-Trasse“ werden Informationen nicht von anderen Behörden an die Stadt Burgdorf übermittelt, sondern man erfährt hiervon zuerst aus Zeitungsberichten.

Herr Frerichs teilte mit:

- a) Die Klimaschutzagentur bietet wie bereits in den Jahren 2001 und 2006 im Jahr 2011 eine Haus-zu-Haus-Energieberatung an („Gut beraten starten“), die im Zeitraum vom 14. März bis zum 01. April durchgeführt werden soll. Die Beratung soll in bestimmten Gebieten in ca. 400 Haushalten (1- oder 2-Familienhäuser) durchgeführt werden. Mit einem Bürgermeisterbrief soll über die Inhalte der Beratung informiert werden. Berater der Klimaschutzagentur werden die Beratungen durchführen. Im Sitzungssaal des Rathauses I soll am 17. März eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden. Gesucht wird noch eine prominente Person, bei der eine Musterberatung durchgeführt wird.
- b) Mit der Klimaschutzagentur werden Gespräche zur Beantragung von Zuschüssen des Bundes und zur Bearbeitung des Klimaschutzaktionsprogramms geführt. Während der Haushaltsberatungen wurde noch davon ausgegangen, dass die Förderung 60 % betragen wird. Nunmehr steht fest, dass die Förderungshöhe 65 % beträgt. Der entsprechende Antrag muss bis zum 31.03.2011 gestellt werden. Die Genehmigungszeit beträgt nach den Erfahrungen der Klimaschutzagentur 3 – 5 Monate. Nach den Sommerferien soll eine Auftaktveranstaltung stattfinden.
- c) Durch die Ortsgruppe des NABU wurden im Sommer 2009 die Sohl-schalen des Möschrabens im Bereich von der Einmündung in die Aue bis zur Brücke am Tiefenwiesenweg entfernt. Die Kosten hierfür in Höhe von 3.000 € hat die Stadt Burgdorf übernommen. Die Region Hannover hat mitgeteilt, dass aufgrund der angespannten Haushaltslage eine entsprechende Förderung weder für das Jahr 2010 noch für das Jahr 2011 erfolgen kann. Im kommenden Sommer will der NABU die Sohl-schalen im Bereich zwischen dem Tiefenwiesenweg und der Bahnlinie auf eigene Kosten entfernen.
- d) Die NO₂-Belastung hat sich im Bereich der Poststraße nach dem Bau der Umgehungsstraße rückläufig entwickelt. Es war ein Rückgang von 49 Mikrogramm pro Kubikmeter auf 35 Mikrogramm pro Kubikmeter zu verzeichnen. Der Grenzwert von 40 Mikrogramm für 2010 wird damit unterschritten.

Herr Herbst teilte mit:

- a) Durch Herrn Haase war hinsichtlich der Post- und Braunschweiger Straße eine Unterschriftenliste eingereicht worden, die sich für eine Aufhebung des Parkverbots in den genannten Straßen ausgesprochen hat. Im Zusammenhang mit der Genehmigung der Tempo-20-Zone in der Markt-, Post- und Braunschweiger Straße hat die Region Hannover als höhere Verwaltungsbehörde mitgeteilt, dass in diesen Bereichen die Tempo-20-Zone nur bestehen bleiben kann, wenn die Parkverbote deinstalliert werden.
Der entsprechenden Anordnung ist durch die Stadt Burgdorf Folge zu leisten. Die Rechts-vor-links-Regelung wird allerdings erst nach dem Stadtstraßenumbau eingerichtet werden, da zurzeit das Bordsteinregulativ dieser Verkehrsregelung widersprechen würde. Die Parkverbotsschilder werden kurzfristig entfernt.

- b) Die bisherigen Kosten für die Sanierung der Pflasterschäden in der Oberen Marktstraße beziffern sich wie folgt:

2007: 3.353,00 €
2008: 3.230,00 €
2009: 2.700,00 €
2010: 13.395,00 €

Eine Sanierung kann im Zusammenhang mit dem 2. Bauabschnitt des Stadtstraßenumbaus im Jahr 2012 durchgeführt werden. Eventuell, bei Vorhandensein von Deckungsmitteln, kann die Maßnahme auch schon Ende 2011 umgesetzt werden.

Frau Rickert sprach sich dafür aus, dass abgewartet werden soll, ob nach der Schließung des Lebensmittelmarktes im Bereich der Oberen Marktstraße eine Veränderung des Schadensbildes eintritt.

Herr Baxmann führte aus, dass dieser Straßenabschnitt noch weiter beobachtet werden soll. Die Verwendung von Pflastersteinen gestaltet sich abhängig von der späteren Nutzung zum Teil schwierig.

- c) Die den 2. Bauabschnitt des Stadtstraßenumbaus vorbereitende Anliegerversammlung soll am 14.09.2011 stattfinden. Voraussichtlich wird in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 20.09.2011 die Ausbaivorlage präsentiert werden. Dann soll auch eine Information bzgl. der Oberen Marktstraße erfolgen. Der Verwaltungsausschuss soll in seiner Sitzung am 27.09.2011 über den Stadtstraßenumbau beschließen.
- d) Die Kosten für die Straßensanierung mittels Dünnschichten im Kalteinbau belaufen sich auf ein Volumen von ca. 191.000 €. Die Sanierung soll im Bauabschnitt 2011 durchgeführt werden. Die betroffenen Straßen sowie voraussichtlichen Kosten werden der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.
- e) Die Regio Bus Hannover GmbH hat einen Antrag gestellt, mit neuartigen Bussen die meisten im Stadtgebiet vorhandenen Buslinien zu bedienen. Die Fahrzeuge verfügen über einen „Hänger“, der die Länge des Busses erweitert. Es seien nach Angabe der Regio Bus Hannover Probefahrten in Wunstorf durchgeführt worden. Zunächst wurde der Antrag durch die Stadt Burgdorf abgelehnt, da im Stadtgebiet keine Probefahrten durchgeführt worden waren und unklar ist, ob ein Befahren z.B. der Kreisverkehrsplätze möglich ist und die Bushaltestellen für die geplanten Fahrzeuge lang genug sind.
- f) Zur Feststellung der Verkehrsbelastungen wurden im Jahr 2010 in der in der **Anlage 2** aufgeführten Straßen Verkehrszählungen durchgeführt. Diese wurden mit den Prognosewerten verglichen. Bislang wurden diese nicht erreicht. Hierbei ist zu beachten, dass die Zählung vor den Baumaßnahmen am Kreisverkehrsplatz durchgeführt worden war. Danach dürfte sich die Anzahl der Fahrzeuge in der Marktstraße reduziert haben. Die Ergebnisse der Verkehrszählungen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.
- g) Wie auch in den vorangegangenen Sitzungen werden die Messergebnisse der Verkehrsüberwachung dem Protokoll als **Anlage 3** beigelegt.

5. Geschwindigkeitsherabsetzung auf 30 km/h in der gesamten Orts-

durchfahrt Schillerslage
- Antrag der CDU-Fraktion im Ortsrat Schillerslage vom 17.09.2010 -
Vorlage: 2010 0806

Herr Plaß schilderte, dass der Antrag zur Tempo-30-Reduzierung im Ortsrat Schillerslage diskutiert wurde. Es sei unverständlich, warum die obere Verkehrsbehörde die Temporeduzierung verweigert hatte. Trotz der Zurückziehung des Antrags im Ortsrat Schillerslage sollte die Angelegenheit im Ausschuss für Umwelt und Verkehr behandelt werden. Durch zu schnell fahrende Fahrzeuge treten regelmäßig Verkehrsgefährdungen in Schillerslage auf. Vor dem Eintritt eines Schadens müsse daher etwas geschehen.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass in diesem Zusammenhang eine Kritik an der oberen Verkehrsbehörde nicht angebracht ist. Die Straßenverkehrsvorschriften erlauben keine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h. Die Mitarbeiter der Region sind an das geltende Recht gebunden.

Frau Heldt äußerte ihr Unverständnis gegenüber der Entscheidung der oberen Verkehrsbehörde. Bei der Ortsdurchfahrt „Sprengelstraße“ handelt es sich wie auch in Heeßel um eine Gemeindestraße. Weiter existiere an dem Kreuzungspunkt „Sprengelstraße/Am Bergfeld“ ein Gefahrenpunkt. Lange Fahrzeuge schwenken beim Durchfahren des Kurvenverlaufs aus Richtung Burgwedel mit dem Heck auf den südlichen Gehweg, wodurch Fußgänger stark gefährdet werden.

Herr Bertram erläuterte, dass grundsätzlich innerhalb der geschlossenen Ortschaft eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h zulässig ist. Nur unter besonderen Voraussetzungen, z.B. nach erfolgten geschwindigkeitsbedingten Unfällen, ist eine Geschwindigkeitsbeschränkung nach den Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrsordnung möglich.

Herr Schrader erbat die Beantwortung der Frage, ob die Ablehnung der Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 an die Rechts-vor-links-Regelung gekoppelt ist. Etwa die Hälfte der Ortsdurchfahrt in Schillerslage verfügt über eine Tempo-30-Reduzierung. Hier erbat Herr Schrader die Auskunft, ob dies nicht auf die gesamte Ortsdurchfahrt erweitert werden kann.

Herr Bertram erläuterte, dass die Einrichtung einer Tempo-30-Zone zwingend mit der Schaffung einer Recht-vor-links-Vorfahrtsregelung einhergeht.

Herr Plaß regte an, dass der Ausschuss für Umwelt und Verkehr eine Ortsbesichtigung vornimmt und versucht werden soll, eine Verständigung herbeizuführen.

Herr Herbst führte aus, dass bei einem Ortstermin auch die Mitglieder des Orsrates Schillerslage sowie Vertreter der Polizei eingeladen werden sollten. Die Einrichtung einer Tempo-30-Zone ohne eine Rechts-vor-links-Regelung ist nicht möglich, sondern zwingend miteinander zu verbinden. Mit der Region Hannover ist ein Kompromiss erzielt worden, die anderslautende Regelung in der Marktstraße in Burgdorf während der Übergangszeit bis zum Stadtstraßenumbau beibehalten zu dürfen. In Schillerslage ist keine durchgehende Tempo-30-Zone nach § 45 Abs. 1 c) StVO eingerichtet worden, sondern nur eine streckenweise Geschwindigkeitsreduzierung. Eine Tempobeschränkung auf 30 km/h kann nur unter bestimmten Voraussetzungen, z.B. aufgrund geschwindigkeitsbedingter Unfälle eingerichtet werden. Die räumliche Erweiterung der Geschwindigkeitsreduzierung über den derzeitigen Zustand könnte rechtlich bedenklich sein und vor Gericht ggf. angegriffen werden.

fen werden.

Frau Heldt sprach sich für die Aufstellung verkehrsberuhigender Maßnahmen wie z.B. „Blumenkübel“ im Straßenverkehrsraum aus falls keine Tempo-30-Zone eingerichtet werden darf.

Herr Herbst wies darauf hin, dass in der Vergangenheit ein entsprechender Vorschlag der Verwaltung aufgrund des Widerstands aus Schillerslage abgelehnt worden war. Bauliche Veränderungen zur Geschwindigkeitsreduzierung sind technisch möglich.

Herr Baxmann sprach sich dafür aus, eine Ortsbegehung durchzuführen und danach eine Entscheidung zu treffen. Überzogene Forderungen gegenüber der Region Hannover dürfen nicht gestellt werden, um den erzielten Kompromiss nicht zu gefährden.

Frau Leykum schloss die Diskussion unter Hinweis auf die durchzuführende Ortsbegehung.

**6. Burgdorf - die saubere Stadt
- Antrag der CDU-Ratsfraktion der Stadt Burgdorf vom 31.01.2011 -
Vorlage: 2011 0889**

Herr Rohde erläuterte den Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 31.01.2011 und stellte dar, dass trotz wiederholter Anstrengungen in der Vergangenheit die Verschmutzung von Plätzen, Tunneln, der Kapelle sowie der Brücke am Finanzamt nicht eingedämmt werden konnte. Die genannten Bereiche seien durch Farbschmierereien verschmutzt. Diese sollten mit weißer Farbe überstrichen und mit Lotusfarbe behandelt werden. Zu bemängeln ist auch das „wilde Plakatieren“ an Privatgärten sowie die beobachteten Müllansammlungen auf dem Parkplatz eines Einzelhandelsgroßmarktes. Ein Überstreichen mit bunter Farbe ist nicht sinnvoll, für die für die Lotusfarbe zu erwartenden Kosten könnten Sponsoren gesucht werden.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass in der Vergangenheit bereits versucht worden war, eine Satzung über die Ordnung und Sauberkeit für die Stadt Burgdorf zu verabschieden. Allerdings war dies aufgrund des damals nicht ausreichend vorhandenen Personals zur Durchsetzung der Satzung nicht möglich gewesen. Bei der Durchsetzung der Sauberkeit in der Stadt handelt es sich auch bei der Unterstützung durch Dritte um eine originär kommunale Aufgabe, die bereits jetzt wahrgenommen wird und weiter intensiviert werden kann. In der Vergangenheit waren mit Graffiti verschmutzte Flächen kurzfristig überstrichen worden. Kurz darauf wurden diese wiederum besprüht. Daher soll ein neuer Ansatz gewählt werden. Durch einen Kunstkurs des Gymnasiums könnten Flächen farblich ansprechend gestaltet werden, um „mental“ von weiteren Graffitischmierereien abzuhalten. Die im Antrag vorhandenen Maßnahmen werden durch die Verwaltung ohnehin durchgeführt, jedoch seien die tatsächlichen Möglichkeiten begrenzt.

Frau Leykum verlieh ihrer Auffassung Nachdruck, dass es sich hier um originäre Aufgaben der Stadt handelt mit Ausnahme der Müllbeseitigung auf dem Parkplatz des Einzelhandels. Die Einbeziehung von Schülern wurde von ihr befürwortet.

Frau Rickert machte deutlich, dass nicht die Verwendung von Lotusfarbe

sinnvoll ist, sondern die farbliche Gestaltung von Flächen, die regelmäßig mit Graffiti beschmutzt werden. Weiter sollte an die Burgdorfer Bürger appelliert werden, die Straßenzüge nicht weiter zu verschmutzen.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass allein der erstmalige Einsatz von Lotusfarbe mehrere tausend Euro Kosten verursachen wird. Der angeregte Einsatz von sog. „1-Euro-Kräften“ ist aufgrund rechtlicher Vorgaben nicht immer möglich.

Herr Schrader gab zu bedenken, dass es versicherungsrechtliche Bedenken gibt, wenn nicht-städtisches Personal Reinigungsaufgaben im Stadtgebiet übernimmt. Bzgl. der Verschmutzung privater Flächen im Sinne der Ziff. 2 des Antrags vom 31.01.2011 sollte auf die Privateigentümer eingewirkt werden, die Verschmutzungen zu beseitigen. Kommunale Aufgaben könnten nicht vom VVV übernommen werden.

Frau Leykum bat darum, dass die hinsichtlich der Ziff. 3 des Antrags vom 31.01.2011 zu erwartenden Kosten über die Niederschrift beziffert werden.

Herr Rohde regte an, dass diese Kosten aufgeteilt nach Materialkosten für die Farbe u.ä. sowie nach den Arbeitskosten aufgeschlüsselt werden sollten. Die angesprochenen versicherungsrechtlichen Bedenken seien in der Stadt Langenfeld nicht aufgeworfen worden.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass durch Herrn Scholz bereits in der Vergangenheit die Möglichkeiten dargestellt worden waren, wie auf private Plakate reagiert werden kann. Ein ähnliches Problem besteht bei den im öffentlichen Straßenraum abgestellten „Werbeanhängern“ sowie der Verschmutzung an den Altglascontainern.

Herr Degenhard verwies in diesem Zusammenhang auf die in Lehrte im öffentlichen Straßenraum befestigte Partiereklame, die in dieser Form nicht in Burgdorf erfolgen sollte.

[Anmerkung über die Niederschrift: Eine Aufstellung der Kosten für den Tunnel am Finanzamt und den Bahnhofstunnel ist dem Protokoll als **Anlage 5** beigefügt].

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr beschloss einstimmig, den als Anlage 4 beigefügten Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 31.01.2011 mit der Maßgabe zu Ziff. 3, dass die Verwaltung voraussichtliche Kosten für das Überstreichen der in Ziff. 3 genannten Flächen beziffert, aufgeteilt nach Material- und Arbeitskosten.

7. Anregungen an die Verwaltung

Herr Rohde hinterfragte, ob der im Stadtpark beabsichtigte Abbau einer Fußgängerbrücke notwendig ist, da diese Brücke keine Beschädigungen aufweist. **Herr Herbst** erwiderte, dass ohne einen Abbau dieser Brücke das Gelände aufgrund rechtlicher Vorgaben erhöht werden muss, wofür wiederum Ausgaben anfallen würden.

Herr Rohde wies darauf hin, dass im Bereich „Wallstraße / Am Wall“ eine Fläche hinter einem Busch als nicht ausgewiesener Parkplatz genutzt wird.

Hier sollen Poller aufgestellt werden.

Herr Rohde bat um die Beantwortung der Frage, ob das für den Winterdienst verwendete Substrat eine Gefährdung im Falle eines Sturzes darstellt. **Herr Herbst** erwiderte, dass es sich bei dem Substrat um gebrochenen Naturstein bzw. Lavamaterial handelt, das hinsichtlich offener Wunden keine über anderes Material hinausgehende Gefährlichkeit aufweist.

Herr Rohde sprach die im Kreisverkehrsplatz im Bereich der Hochbrücke als auch in der Straße „Vor dem Hannoverschen Tor“ nach dem Umbau nunmehr vorhandenen „Ausbuchtungen“ des Bordsteins an und hinterfragte deren verkehrslenkende Wirkung. **Herr Baxmann** erwiderte, dass mit diesen Maßnahmen eine Verkehrsberuhigung erzielt werden soll.

Herr Rohde erkundigte sich nach einer „Handwerkerkarte“ zum Zwecke des Parkens im öffentlichen Straßenraum, insbesondere ob ein Parken vor dem Privathaus damit möglich ist. **Herr Baxmann** erwiderte, dass diese Karte nicht für diese Zwecke gedacht ist; eine Überprüfung der Parkberechtigung im öffentlichen, für Jedermann nutzbaren Straßenraum ist nicht möglich.

Herr Rohde erkundigte sich, ob mit der Mensa im Gymnasium Probleme bekannt geworden waren. **Herr Baxmann** erwiderte, dass ihm keine Beschwerden bekannt sind.

Frau Rickert sprach die in der Straße „Im Langen Mühlenfeld“ auf der rechten Seite abends parkenden Fahrzeuge an. Diese verhindern, dass nach links abgebogen werden kann. Daher sollten hier Kontrollen erfolgen.

Herr Schrader sprach den Straßenbereich „Marktstraße / Braunschweiger Straße / Poststraße“ an und stellte angesichts von noch nicht erreichten Prognosewerten bzgl. der Verkehrsmengen die Frage, mit welchen Maßnahmen die Testphase bis zum Stadtstraßenumbau genutzt werden soll, um die gewünschten Prognosewerte zu erreichen. **Herr Baxmann** erläuterte, dass sich die Prognosen auf das Jahr 2020 beziehen. Vor diesem Hintergrund sowie der anstehenden Baumaßnahmen ist eine Gewöhnung der Burgdorfer Bürger an die geänderten Verhältnisse notwendig. Nach dem Umbau der Fahrbahn und deren Verschmälerung sowie der Verbreiterung des Gehwegs werde ohnehin eine verbesserte Verkehrsführung eintreten. Besondere Geduld wird während der Zeit des Stadtstraßenumbaus und der dadurch bedingten Sperrung der Marktstraße im Zeitraum von voraussichtlich März bis Oktober 2012 erforderlich sein.

Frau Leykum regte an, im September 2011 eine Aussprache des Ausschusses für Umwelt und Verkehr zum Thema Stadtstraßenumbau durchzuführen, da in der laufenden Wahlperiode der Umbau beschlossen wurde. Somit könnten die Vorstellungen und Konzeptionen für die kommende Wahlperiode festgehalten werden, um Fragen und Bedenken der späteren Mandatsträger zu vermeiden. **Herr Herbst** merkte an, dass diese Aussprache am 20. September im Zusammenhang mit der Vorstellung des Bauprogramms im Ausschuss für Umwelt und Verkehr erfolgen kann.

Herr Schrader fragte an, ob während der „Testphase“ vor dem Stadtstraßenumbau die Baumtore versetzt werden könnten.

Frau Heller bat um Auskunft, ob vor dem Bau der Umgehungsstraße sowie danach in Sorgensen eine Verkehrszählung am Zebrastreifen stattgefunden hat. **Herr Herbst** teilte mit, dass die Ergebnisse der Verkehrszählungen ü-

ber die Niederschrift mitgeteilt werden. Zu erwarten war eine Erhöhung des Verkehrs durch den Bau der Umgehungsstraße.

[Antwort über das Protokoll:

Die Ergebnisse der Verkehrszählung in Sorgensen werden wie folgt mitgeteilt:

Am 17.05.1994 wurden 5050 Kfz in 24h gezählt. 2650 Richtung Burgdorf, 2400 Richtung Dachtmissen.

Am 29.11.2009 wurden 4882 Kfz in 24h gezählt. 2385 Richtung Burgdorf, 2497 Richtung Dachtmissen.

Am 16.09.2010 wurden, von 6.00-19.00Uhr, 4373 Kfz gezählt. 2258 Richtung Burgdorf, 2115 Richtung Dachtmissen.

Hochgerechnet ergeben sich für 24h : ca. 5120 Kfz. 2590 Richtung Burgdorf, 2530 Richtung Dachtmissen].

Herr Degenhard fragte nach, ob es Entwicklungen hinsichtlich der gewünschten Ampelanlage in Sorgensen gebe. **Herr Herbst** teilte mit, dass eine private Finanzierung der Ampelanlage zwar denkbar ist, bislang aber keine Reaktionen bei der Verwaltung erfolgt sind.

Frau Kusber wies auf Presseberichte hin, nach denen preisgünstige LED-Beleuchtungsanlagen in anderen Städten errichtet werden, die über Bewegungssensoren und damit über ein Energieeinsparpotenzial verfügen. **Herr Herbst** erläuterte, dass das Angebot der LED-Leuchten durch die Fachabteilung beobachtet wird, allerdings zurzeit durch den Einsatz dieser Leuchten hohe Kosten entstehen.

Frau Leykum sprach die Ersatzbushaltestelle an der Hochstraße in Burgdorf an und hinterfragte das Anfahren dieser Haltestelle durch Busse der Linie 905. Hier erbat Frau Leykum Auskunft darüber, ob darüber Gespräche mit der Regio Bus Hannover geführt wurden. **Herr Herbst** führte aus, dass die Regio Bus Hannover die Planung der Buslinien selbst vornimmt. Eine Verlegung der Haltestelle ist aus der Bahnhofstraße auf die Hochstraße erfolgt. In der Presse wird darüber berichtet, dass nunmehr bei einer Fahrt aus der Weststadt mit einem Kurzstreckenticket die Innenstadt nicht mehr erreicht werde. Es haben zwar Gespräche mit der Regio Bus Hannover während der Umbaumaßnahmen des Kreisverkehrsplatzes stattgefunden. Allerdings ist dabei kein Hinweis auf die Preisgestaltung seitens der Regio Bus erfolgt. Die Verwaltung kann dies nicht wissen und ist auf entsprechende Hinweise der Regio Bus Hannover angewiesen. **Herr Schrader** regte in diesem Zusammenhang Gespräche mit der Regio Bus Hannover über die Nutzung des Kurzstreckentickets an. **Herr Baxmann** verwies darauf, dass diese Gespräche über die Region Hannover geführt werden müssen.

Herr Schrader fragte nach, wann die fünf Parkplätze in der Louisenstraße eingerichtet werden sollen. **Herr Herbst** erläuterte, dass dies im Lauf des Monats erfolgen soll sobald das Wetter dies zulässt. Es wurden Gespräche mit den Anliegern geführt. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Aufstellung von Pollern für die Sicherung der Ausfahrten notwendig wird.

Frau Heldt sprach die Aufstellung von Hinweisschildern an, die die aus Burgwedel in Richtung Burgdorf kommenden Autofahrer leiten sollen. **Herr Herbst** erwiderte, dass hier die Region Hannover bzw. der Bund die Straßenbaulastträger sind und eine verkehrsbehördliche Anordnung bereits erfolgt ist.

Einwohnerfragestunde

Die Fragen und Antworten sind der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer